Antrag 171/II/2022
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf
Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)

Stärkung von Anlauf- und Beratungsstellen zur Unterstützung für betroffene Angehörige von Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen

Wir fordern von den sozialdemokratischen Mitgliedern im Berliner Abgeordnetenhaus und im Berliner Senat mehr Unterstützung für betroffene Angehörige von Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen.

Wir fordern:

- Bestandsaufnahme der bestehenden Hilfestrukturen
- Stärkung bestehender und Förderung neuer qualifizierte Beratungs- und Betreuungsangebote
- Prüfung inwiefern die Programme „Demokratie, Respekt und Vielfalt“, „Demokratie Leben!“ oder „Partnerschaft für Demokratie“ integriert werden können

Ziel muss eine funktionierende Hilfestruktur sein, die Angehörige nicht mehr allein lässt.

Begründung
Im Zuge der Pandemie wurden Verschwörungserzählungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineingespült. Viele Menschen haben sich in der Pandemie radikalisiert im Hinblick auf Verschwörungstheorien. Diese gehen oft Hand in Hand mit antisemitischen, rassistischen und rechtsextremen Ansichten. Die Ausbreitung von Verschwörungstheorien ist nicht nur eine Gefährdung im Hinblick auf die Demokratie, sondern ist gerade für Familienangehörige oder dem Freundeskreis eine hohe Belastung, die allzu oft zu Trennung führt.

Die Menschen, die sich anhand der Verschwörungen rund um die Pandemie radikalisieren, sind Väter, Mütter, Partner:innen, Freund:innen, Verwandte oder Mitbewohner:innen. Betroffene Angehörige, Partner:innen, Kinder, Eltern, sind der Radikalisierung allzu oft alleine zuhause ausgesetzt und sind überfordert. Verschwörungserzählungen kann meistens nicht mit rationalen Argumenten begegnet werden. Daher brauchen Betroffene dringend professionelle Beratung und Hilfe.